

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für Energie zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Energie zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ÜBER MASSNAHMEN IM BEREICH ENERGIE

INHALTSANGABE

Durch diesen Dekretentwurf sollen verschiedene Bestimmungen im Zusammenhang mit der aufgrund von Artikel 139 der Verfassung übertragenen Zuständigkeit Energie abgeändert oder aufgehoben werden, um eigene Akzente in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in diesem Bereich zu ermöglichen.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	4
Vorentwurf	8

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Unter Koordination der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben die neun Gemeinden des deutschen Sprachgebiets im Jahr 2018 einen Energie- und Klimaplan (EKP) erstellt. Die Unterzeichner verpflichten sich dazu, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40% zu reduzieren sowie Handlungsansätze für den Klimaschutz und die Klimaanpassung einzuführen. Der Energie- und Klimaplan umfasst Maßnahmen in den Bereichen Mobilität, öffentliche Gebäude, Wohngebäude, erneuerbare Energien sowie Klimaanpassung.

Die Wallonische Region fördert ebenfalls Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels im Rahmen verschiedener Programme. Dazu gehören UREBA (*Utilisation rationnelle de l'énergie dans les bâtiments*; dieses Programm zielt auf den öffentlichen Sektor und VoGs ab), POLLEC (*Politique locale Energie-Climat*), PAPE (*Plan d'action préventive en matière d'énergie*) und MEBAR (*Subventions aux ménages à revenu modeste*; dieses Programm zielt auf Privathaushalte ab und sieht eine Unterstützung über das ÖSHZ vor).

Im Rahmen der Übertragung der Ausübung der Zuständigkeit „Energie“ von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft aufgrund von Artikel 139 der Verfassung obliegt die Förderung der Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels in den übertragenen Zuständigkeitsbereichen seit dem 1. Januar 2020 der Deutschsprachigen Gemeinschaft¹.

Vorliegendes Dekret umfasst einige Bestandteile des neuen Bezuschussungskonzeptes für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Dieses Konzept umfasst Fördermöglichkeiten in fünf verschiedenen Bereichen:

1. Pilotprojekte der Gemeinden im Rahmen der Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaplan;
2. Infrastrukturmaßnahmen;
3. Bekämpfung der Energiearmut in sozialschwachen Haushalten;
4. Neues Prämiensystem für Privathaushalte zur Steigerung der Energieeffizienz der Wohngebäude im Bestand;
5. Investitionspaket zur energetischen Sanierung des Bestands im sozialen Wohnungsbau sowie zur Schaffung zusätzlicher Wohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau.

Mit vorliegendem Dekretentwurf wird die dekretale Grundlage für die Maßnahmen 2, 3 und 5 geschaffen. Die Umsetzung der beiden anderen Maßnahmen erfolgt mittels Ausführungserlasse auf Grundlage bereits bestehender Projekte.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Mit diesem Artikel werden im Dekret der Wallonischen Region vom 9. Dezember 1993 über die Förderung der rationellen Energienutzung, der Energieeinsparungen und der erneuerbaren Energien einige technische Anpassungen vorgenommen. Zum einen wird die Definition der Wohnung in Einklang mit der Definition gemäß dem Gesetzbuch über

¹ Dekrete der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region vom 29. April und 6. Mai 2019 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Energie durch die Deutschsprachige Gemeinschaft.

nachhaltiges Wohnen gebracht, und zum anderen werden zwei Definitionen, die infolge der Aufhebung von Kapitel 2 Abschnitt 1 (siehe Artikel 2) nicht mehr benötigt werden, aufgehoben.

Artikel 2

Kapitel 2 Abschnitt 1 des Dekrets vom 9. Dezember 1993, der die Artikel 2 bis 4 umfasst, bildet die Rechtsgrundlage für das MEBAR-Programm der Wallonischen Region. Da dieses durch den vorliegenden Dekretentwurf durch ein vollkommen neues System ersetzt werden soll, ist eine Aufhebung dieser Bestimmungen notwendig.

Artikel 3

Mit diesem Artikel wird ein Übersetzungsfehler im Dekret vom 9. Dezember 1993 korrigiert.

Artikel 4

Um in den Genuss des EU-Wiederaufbaufonds im Rahmen der Coronavirus-Pandemie zu kommen, hat die Regierung mehrere Projekte bei der EU-Kommission eingereicht. Eines dieser Projekte betrifft die energetische Sanierung des Bestands der Sozialwohnungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie den Bau zusätzlicher Sozialwohnungen. Als Alternative zu einem Darlehen ist eine unmittelbare Beteiligung der Deutschsprachigen Gemeinschaft an dem Kapital der fusionierten öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft vorgesehen. Um dies zu ermöglichen, muss das Gesetzbuch über nachhaltiges Wohnen entsprechend ergänzt werden.

Artikel 5

Im Dekret vom 18. März 2002 zur Infrastruktur soll ausdrücklich präzisiert werden, dass Maßnahmen zur besonderen Berücksichtigung von Aspekten der Energieeffizienz, einschließlich vorangehender Studien, als Infrastrukturvorhaben gelten.

Artikel 6

Mit dieser Bestimmung soll in dasselbe Dekret eine Delegation an die Regierung eingebaut werden, die es ihr erlaubt, die annehmbaren Ausgaben zu bestimmen, die als nachhaltiges oder energieeffizientes Bauen gelten.

Artikel 7

Mit einem neuen Artikel 16bis soll, analog zum UREBA-Programm der Wallonischen Region, in demselben Dekret weiter der finanzielle Anreiz geschaffen werden, in Energieeffizienzmaßnahmen zu investieren. Werden im Rahmen eines Infrastrukturvorhabens, für die der in Artikel 16 erwähnte allgemeine Zuschusssatz von 60% gilt, Energieeffizienzmaßnahmen durchgeführt, gilt für letztere ein um 20% erhöhter Zuschusssatz von 80% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Betrags der Ausgaben. Da die durch das UREBA-Programm angesprochenen Antragsteller, sprich der öffentliche Sektor und die VoGs, bereits im selben Dekret berücksichtigt werden, kann die Bezuschussung der Energieeffizienzmaßnahmen mit der vorliegenden Bestimmung über das bestehende Antragsverfahren für Infrastrukturvorhaben in einem Guss abgewickelt werden.

Artikel 8

Artikel 17 §1 Absatz 4 desselben Dekrets besagt, dass vorbereitende Arbeiten – wie beispielsweise Studien – nur dann als annehmbare Ausgabe in Betracht kommen, wenn das betreffende Infrastrukturvorhaben tatsächlich realisiert und bezuschusst wird. Da jedoch Studien im Hinblick auf Energieeffizienzmaßnahmen in jedem Fall bezuschusst werden sollen, auch wenn diese nicht zwangsläufig auf ein Infrastrukturvorhaben hinausläuft, muss eine entsprechende Ausnahme vorgesehen werden.

Artikel 9

Der erhöhte Zuschusssatz, für die im Rahmen des Infrastrukturvorhabens durchgeführten Energieeffizienzmaßnahmen soll am Ende des Verfahrens, nämlich bei der Endabrechnung, angewendet werden.

Artikel 10

Artikel 19 §1 desselben Dekrets listet die Unterlagen auf, die bei der Anmeldung eines Infrastrukturvorhabens einzureichen sind. Hier soll das Erfordernis einer Notiz mit den geplanten Energieeffizienzmaßnahmen hinzugefügt werden.

Artikel 11

Während bei der Anmeldung eines Infrastrukturvorhabens lediglich eine Notiz mit den geplanten Energieeffizienzmaßnahmen einzureichen ist, sollen diese Maßnahmen bei der Einreichung des eigentlichen Antrags gemäß Artikel 21 §1 desselben Dekrets im Lastenheft oder in den Kostenvoranschlägen selbst gesondert aufgegliedert werden.

Artikel 12

Um der Energiearmut in sozialschwachen Haushalten entgegenzuwirken, sollen die ÖSHZ des deutschen Sprachgebiets über die im Dekret vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft vorgesehene Sozialhilfedotation hinaus eine neue Sonderdotation erhalten. Diese kann beispielsweise zur Finanzierung der Kontrolle von Heizungsanlagen, elektrischen Anlagen, der Durchführung von Energieaudits, Sensibilisierungsaktionen, Weiterbildungen oder kleinen Beschaffungen wie Energiekits oder Messgeräte genutzt werden. Da die Bedarfe in den ÖSHZ unterschiedlich sind, können diese zusätzlichen Mittel bedarfsgerecht durch die ÖSHZ eingesetzt werden.

Die Höhe der Dotation wird berechnet auf Grundlage der Anzahl Akten Eingliederungsempfänger des jeweiligen ÖSHZ multipliziert mit dem Betrag von 250 Euro. Dazu gilt die Durchschnittszahl der Einwohner der Gemeinde, die im vorletzten Kalenderjahr ein Eingliederungseinkommen bezogen haben und nicht wie in der allgemeinen Sozialhilfedotation der Durchschnitt der letzten sechs Jahre. Die Quelle zur Ermittlung der Anzahl Eingliederungsempfänger ist der föderale Öffentliche Programmierungsdienst (ÖPD) Sozialeingliederung. Da die Statistiken regelmäßig durch den ÖPD aufgrund von Korrekturen bei der Zahlung des Eingliederungsempfänger aktualisiert werden, ist die in der Statistik des ÖPD angegebene Anzahl Akten Eingliederungsempfänger zum Zeitpunkt der Festlegung der Auszahlung ausschlaggebend.

Artikel 13

Die in diesem Artikel aufgeführten Erlasse der Wallonischen Regierung sind in der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufzuheben, da sie durch die vorliegende Rechtsgrundlage mit einem neuen Bezuschussungssystem ersetzt werden.

Artikel 14

Dieser Artikel bestimmt das Inkrafttreten des Dekretes.

Ab dem Inkrafttreten kann die zusätzliche ÖSHZ-Dotation zur Sozialhilfedotation für das gesamte Jahr 2021 ausgezahlt werden.

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf über Maßnahmen im Bereich Energie

KAPITEL 1 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS DER WALLONISCHEN REGION VOM 9. DEZEMBER 1993 ÜBER DIE FÖRDERUNG DER RATIONELLEN ENERGIEENTZUG, DER ENERGIEEINSPARUNGEN UND DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

Artikel 1 – Artikel 1 des Dekrets der Wallonischen Region vom 9. Dezember 1993 über die Förderung der rationellen Energienutzung, der Energieeinsparungen und der erneuerbaren Energien wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

„1. Wohnung: die in Artikel 1 Nummer 3 des Wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen erwähnte Wohnung;“

2. Nummer 2 wird aufgehoben.

3. Nummer 3, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird aufgehoben.

Art. 2 – Kapitel 2 Abschnitt 1 desselben Dekrets, der die Artikel 2 bis 4 umfasst, eingefügt durch das Dekret vom 26. Mai 2016, wird aufgehoben.

Art. 3 – In Artikel 5 desselben Dekrets wird die Wortfolge „in ihrem Haushalt“ durch die Wortfolge „in ihrer Wohnung“ ersetzt.

KAPITEL 2 – ABÄNDERUNG DES WALLONISCHEN GESETZBUCHES ÜBER NACHHALTIGES WOHNEN

Art. 4 – In Artikel 130 §1 Absatz 4 des Wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge „Die Gemeinden“ durch die Wortfolge „Die Deutschsprachige Gemeinschaft, die Gemeinden“ ersetzt.

KAPITEL 3 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 18. MÄRZ 2002 ZUR INFRASTRUKTUR

Art. 5 – In Artikel 2 Absatz 1 Nummer 9 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur wird die Wortfolge „oder der Energieeffizienz, einschließlich vorangehender Studien“ eingefügt.

Art. 6 – In Artikel 7 desselben Dekrets wird folgende Nummer 8 eingefügt:

„8. die annehmbaren Ausgaben bestimmen, die als nachhaltiges oder energieeffizientes Bauen gelten.“

Art. 7 – In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 16bis eingefügt:

„Art. 16bis – Erhöhter Zuschuss für Energieeffizienz

Werden im Rahmen von Infrastrukturvorhaben, für die der in Artikel 16 erwähnte Zuschussatz gilt:

1. ausschließlich Energieeffizienzmaßnahmen durchgeführt, erhalten diese 80% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Betrags der Ausgaben;

2. teilweise Energieeffizienzmaßnahmen durchgeführt, erhöht sich für diese der Zuschussatz um 20% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Betrags der Ausgaben.“

Art. 8 – In Artikel 17 §1 Absatz 4 desselben Dekrets wird die Wortfolge „, es sei denn, es handelt sich um Ausgaben für vorangehende Studien im Hinblick auf Energieeffizienzmaßnahmen“ eingefügt.

Art. 9 – In Artikel 18 §3 wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

„Bei der Endabrechnung identifiziert die Regierung die im Rahmen des Infrastrukturvorhabens durchgeführten Energieeffizienzmaßnahmen und wendet daraufhin den in Artikel 16bis erwähnten Zuschussatz für die betreffenden Maßnahmen an.“

Art. 10 – In Artikel 19 §1 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 1. März 2004, wird folgende Nummer 12 eingefügt:

„12. eine Notiz mit den geplanten Energieeffizienzmaßnahmen.“

Art. 11 – In Artikel 21 §1 Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge „, wobei die geplanten Energieeffizienzmaßnahmen gesondert aufgegliedert werden“ eingefügt.

KAPITEL 4 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 15. DEZEMBER 2008 ÜBER DIE FINANZIERUNG DER GEMEINDEN UND ÖFFENTLICHEN SOZIALHILFEZENTREN DURCH DIE DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT

Art. 12 – In Kapitel V des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft wird folgender Artikel 15.1 eingefügt:

„Art. 15.1 – *Bekämpfung der Energiearmut*

Zusätzlich zur Sozialhilfedotation erhält jedes Öffentliche Sozialhilfezentrum eine Dotation in Höhe von 250 Euro pro Einwohner, der ein Eingliederungseinkommen bezieht, zur Förderung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Energiearmut.

Für die verwendete Messgröße gilt die Durchschnittszahl der Einwohner der Gemeinde, die im vorletzten Kalenderjahr ein Eingliederungseinkommen bezogen haben.

KAPITEL 5 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 13 – Werden aufgehoben:

1. der Erlass der Wallonischen Regierung vom 23. Dezember 1998 über die Gewährung von Zuschüssen an die Haushalte mit geringem Einkommen für eine rationale und wirksame Energiebenutzung;

2. der Erlass der Wallonischen Regierung vom 4. Dezember 2003 bezüglich des präventiven Aktionsplans für die Energie;

3. der Erlass der Wallonischen Regierung vom 28. März 2013 über die Gewährung von Zuschüssen an öffentlich-rechtliche Personen und nicht-kommerzielle Einrichtungen für die Durchführung von Studien und Arbeiten zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur rationellen Energienutzung in Gebäuden (UREBA);

4. der Erlass der Wallonischen Regierung vom 20. Dezember 2018 über die außerordentliche Gewährung von Zuschüssen an die Schulen für die Durchführung von Arbeiten zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur rationellen Energienutzung in Gebäuden (UREBA außerordentlich PWI).

Art. 14 – Die Artikel 1 bis 4, 12 und 13 Nummern 1 und 2 treten am 1. Oktober 2021 in Kraft.

Die Artikel 5 bis 11 und 13 Nummern 3 und 4 treten am 1. Januar 2022 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

**Antonios
Antoniadis**

Digital unterschrieben von
Antonios Antoniadis
Datum: 2021.07.09 11:57:32
+02'00'

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Énergie;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière d'Énergie est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret portant des mesures en matière d'énergie

CONTENU

Le présent projet de décret a pour objet de modifier ou d'abroger diverses dispositions relatives à la compétence « Énergie » transférée en vertu de l'article 139 de la Constitution, afin de permettre à la Communauté germanophone de fixer ses propres approches dans ce domaine.

SOMMAIRE

	Page
Exposé des motifs	4
Explications générales	4
Commentaire des articles.....	4
Avant-projet	8

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Sous la coordination de la Communauté germanophone, les neuf communes de la région de langue allemande ont élaboré un plan énergie et climat en 2018. Les signataires s'engagent à réduire les émissions de gaz à effet de serre de 40 % d'ici 2030 et à mettre des stratégies en place pour la protection du climat et l'adaptation au changement climatique. Le plan énergie et climat comprend des mesures dans les domaines de la mobilité, des bâtiments publics, des bâtiments résidentiels, des énergies renouvelables ainsi que de l'adaptation climatique.

La Région wallonne promeut également des mesures de lutte contre le changement climatique à travers différents programmes. Il s'agit d'UREBA (utilisation rationnelle de l'énergie dans les bâtiments ; ce programme vise le secteur public et les ASBL), de POLLEC (politique locale Énergie-Climat), de PAPE (Plan d'action préventive en matière d'énergie) et de MEBAR (subventions aux ménages à revenu modeste; ce programme vise les ménages privés et prévoit un soutien via le CPAS).

Dans le cadre du transfert de la compétence « Énergie » de la Région wallonne à la Communauté germanophone en vertu de l'article 139 de la Constitution, le soutien des mesures de lutte contre le changement climatique dans les domaines de compétence transférés relève de la Communauté germanophone depuis le 1^{er} janvier 2020¹.

Le présent décret reprend certains éléments du nouveau concept de subvention pour la Communauté germanophone. Ce concept comprend des possibilités de financement dans cinq domaines distincts :

- 1° projets pilotes des communes dans le cadre de la mise en œuvre du plan intégré pour l'énergie et le climat;
- 2° mesures en matière d'infrastructure;
- 3° lutte contre la pauvreté énergétique des ménages socialement vulnérables;
- 4° nouveau système de primes pour les ménages privés afin d'accroître la performance énergétique des bâtiments résidentiels existants;
- 5° mesures d'investissement pour la rénovation énergétique des logements sociaux existants et la création de logements supplémentaires subventionnés par les pouvoirs publics.

Le présent décret jette la base décrétable pour les mesures 2, 3 et 5. Les deux autres mesures seront mises en œuvre par le biais d'arrêtés d'exécution, sur la base de projets existants.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

Article 1^{er}

Cet article apporte un certain nombre d'adaptations techniques dans le décret de la Région wallonne du 9 décembre 1993 relatif à la promotion de l'utilisation rationnelle de l'énergie, des économies d'énergie et des énergies renouvelables. D'une part, la définition du terme « logement » est alignée sur celle du Code de l'habitation durable et, d'autre part, deux définitions qui ne sont plus nécessaires en raison de l'abrogation de la section 1^{re} du chapitre 2 (cf. article 2) sont abrogées.

Article 2

¹ Décrets de la Communauté germanophone et de la Région wallonne des 29 avril et 6 mai 2019 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certains compétences de la Région wallonne en matière d'énergie.

Le chapitre 2, section 1^{re}, du décret du 9 décembre 1993, comportant les articles 2 à 4, constitue la base juridique du programme MEBAR de la Région wallonne. Le présent projet de décret ayant pour objet de remplacer ce programme par un système entièrement nouveau, il est nécessaire d'abroger ces dispositions.

Article 3

Cet article corrige une erreur de traduction dans le décret du 9 décembre 1993.

Article 4

Afin de bénéficier du plan de relance de l'Union européenne dans le contexte de la pandémie de coronavirus, le Gouvernement a soumis plusieurs projets à la Commission européenne. L'un de ces projets concerne la rénovation énergétique du parc de logements sociaux de la Communauté germanophone ainsi que la construction de logements sociaux supplémentaires. À titre d'alternative à un prêt, une participation directe de la Communauté germanophone au capital de la société de logement public fusionnée est envisagée. Afin de rendre ce projet possible, le Code de l'habitation durable doit être complété en conséquence.

Article 5

Dans le décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, il sera expressément précisé que les mesures visant à tenir compte des aspects liés à la performance énergétique, y compris les études préparatoires, doivent être considérées comme des projets d'infrastructure.

Article 6

L'objectif de cette disposition est d'intégrer dans le même décret une délégation au Gouvernement qui lui permette de déterminer les dépenses admissibles qui peuvent être qualifiées de construction durable ou basse énergie.

Article 7

Un nouvel article 16*bis*, analogue au programme UREBA de la Région wallonne, est prévu dans le même décret afin de fournir une incitation financière supplémentaire à investir dans des mesures de performance énergétique. Si des mesures de performance énergétique sont réalisées dans le cadre d'un projet d'infrastructure soumis à un taux de subvention général de 60 % mentionné à l'article 16, elles bénéficient d'un taux de subventionnement majoré de 20 %, soit 80 % du montant des dépenses admissibles. Étant donné que les demandeurs visés par le programme UREBA, c'est-à-dire le secteur public et les ASBL, sont déjà pris en compte dans le même décret, le subventionnement des mesures de performance énergétique peut, par la présente disposition, être traité concomitamment dans le cadre de la procédure de demande existant pour les projets d'infrastructure.

Article 8

L'article 17, § 1^{er}, alinéa 4, du même décret dispose que les travaux préparatoires – tels que les études – ne peuvent être considérés comme des dépenses admissibles que si le projet d'infrastructure en question est effectivement réalisé et subventionné. Toutefois, étant donné que les études relatives aux mesures de performance énergétique doivent être subventionnées dans tous les cas, même si elles ne débouchent pas nécessairement sur un projet d'infrastructure, il est primordial de prévoir une exception appropriée.

Article 9

Le taux de subvention majoré pour les mesures de performance énergétique réalisées dans le cadre du projet d'infrastructure doit être appliqué à la fin de la procédure, à savoir lors du décompte final.

Article 10

L'article 19, § 1^{er}, du même décret énumère les documents à soumettre lors de la notification d'un projet d'infrastructure. Il convient d'ajouter ici l'exigence d'une notice précisant les mesures de performance énergétique prévues.

Article 11

Alors que seule une notice précisant les mesures de performance énergétique prévues doit être soumise lors de la notification d'un projet d'infrastructure, ces mesures doivent être ventilées dans le cahier des charges ou dans les devis lors de la présentation de la demande proprement dite, conformément à l'article 21, § 1^{er}, du même décret.

Article 12

Afin de lutter contre la précarité énergétique des ménages socialement vulnérables, les CPAS de la région de langue allemande vont recevoir, de la Communauté germanophone, une nouvelle dotation spéciale en sus de celle prévue par le décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale. Elle peut être utilisée, par exemple, pour financer l'inspection des installations de chauffage, des installations électriques, la réalisation d'audits énergétiques, des campagnes de sensibilisation, des formations continues ou de petits achats tels que des kits énergétiques ou des appareils de mesure. Étant donné que les besoins des CPAS sont différents, ces ressources supplémentaires peuvent être utilisées par eux en fonction de leurs besoins.

Le montant de ladite dotation est calculé en multipliant le nombre de bénéficiaires du revenu d'intégration relevant du CPAS concerné, par le montant de 250 euros. À cet effet, les valeurs moyennes de chacune des six dernières années s'appliquent.

Article 13

Les arrêtés du Gouvernement wallon énumérés dans cet article doivent être abrogés en Communauté germanophone, étant donné qu'ils sont remplacés, par le biais de la présente base juridique, par un nouveau système de subventionnement.

Article 14

Cet article fixe l'entrée en vigueur du décret.

À compter de l'entrée en vigueur, la dotation accordée aux CPAS en sus de la dotation d'aide sociale peut être versée pour toute l'année 2021.

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement
A. ANTONIADIS

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret portant des mesures en matière d'énergie

Chapitre 1^{er} – Modification du décret de la Région wallonne du 9 décembre 1993 relatif à la promotion de l'utilisation rationnelle de l'énergie, des économies d'énergie et des énergies renouvelables.

Article 1^{er} – À l'article 1^{er} du décret de la Région wallonne du 9 décembre 1993 relatif à la promotion de l'utilisation rationnelle de l'énergie, des économies d'énergie et des énergies renouvelables, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° logement : le logement mentionné à l'article 1^{er}, 3°, du Code wallon de l'habitation durable; »

2° le 2° est abrogé.

3° le 3°, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est abrogé.

Art. 2 – Dans le chapitre 2 du même décret, la section 1^{re}, comportant les articles 2 à 4 et insérée par le décret du 26 mai 2016, est abrogée.

Art. 3 – Dans l'article 5 du même décret, les mots « leur habitation » sont remplacés par les mots « leur logement ».

Chapitre 2 – Modification du code wallon de l'habitation durable

Art. 4 – Dans l'article 130, § 1^{er}, alinéa 4, du Code wallon de l'habitation durable, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « Les communes » sont remplacés par les mots « La Communauté germanophone, les communes ».

Chapitre 3 – Modification du décret du 18 mars 2002 relatif à l'Infrastructure

Art. 5 – Dans l'article 2, alinéa 1^{er}, du décret du 18 mars 2002 relatif à l'Infrastructure, le 9° est complété par les mots « ou de performance énergétique, y compris les études préparatoires ».

Art. 6 – L'article 7 du même décret est complété par un 8° rédigé comme suit :

« 8° les dépenses admissibles qui peuvent être qualifiées de construction durable ou basse énergie. »

Art. 7 – Dans le même décret, il est inséré un article 16bis rédigé comme suit :

« Art. 16bis – *Subside majoré pour performance énergétique* »

Si, dans le cadre de projets d'infrastructure pour lesquels le taux de subvention mentionné à l'article 16 est valide :

1° seules des mesures de performance énergétique sont réalisées, celles-ci sont subsidiées à concurrence de 80 % du montant total des dépenses subsidiables;

2° les mesures de performance énergétique ne constituent qu'une partie desdits projets, ces mesures bénéficient d'un taux de subventionnement majoré représentant 20 % du montant total des dépenses subsidiables. »

Art. 8 – Dans l'article 17, § 1^{er}, du même décret, l'alinéa 4 est complété par les mots « sauf s'il s'agit de dépenses engagées pour des études préparatoires en vue de réaliser des mesures de performance énergétique ».

Art. 9 – Dans l'article 18, § 3, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3 :

« Lors du décompte final, le Gouvernement identifie les mesures de performance énergétique réalisées dans le cadre du projet d'infrastructure et applique aux mesures concernées le taux de subventionnement mentionné à l'article 16*bis*. »

Art. 10 – Dans l'article 19, § 1^{er}, du même décret, l'alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 1^{er} mars 2004, est complété par un 12° rédigé comme suit :

« 12° une notice reprenant les mesures de performance énergétique envisagées. »

Art. 11 – Dans l'article 21, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le 3° est complété par les mots « , les mesures de performance énergétique envisagées devant être ventilées séparément ».

Chapitre 4 – Modification du décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone

Art. 12 – Dans le chapitre V du décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone, il est inséré un article 15.1 rédigé comme suit :

« Art. 15.1 – *Lutte contre la précarité énergétique*

Outre la dotation d'aide sociale, chaque centre public d'aide sociale reçoit une dotation d'un montant de 250 euros par habitant qui bénéficie du revenu d'intégration, et ce, pour financer des mesures visant à lutter contre la précarité énergétique.

Les dispositions de l'article 15, alinéas 2 et 3, s'appliquent *mutatis mutandis*. »

Chapitre 5 – Dispositions finales

Art. 13 – Sont abrogés :

1° l'arrêté du gouvernement de la Région wallonne du 23 décembre 1998 relatif à l'octroi de subventions aux ménages à revenu modeste pour l'utilisation rationnelle et efficiente de l'énergie;

2° l'arrêté du gouvernement de la Région wallonne du 4 décembre 2003 relatif au plan d'action préventive pour l'énergie;

3° l'arrêté du gouvernement de la Région wallonne du 28 mars 2013 relatif à l'octroi de subventions aux personnes de droit public et aux organismes non commerciaux pour la réalisation d'études et de travaux visant l'amélioration de la performance énergétique et l'utilisation rationnelle de l'énergie dans les bâtiments (UREBA);

4° l'arrêté du gouvernement de la Région wallonne du 20 décembre 2018 relatif à l'octroi exceptionnel de subventions aux écoles pour la réalisation de travaux visant l'amélioration de la performance énergétique et l'utilisation rationnelle de l'énergie dans les bâtiments (UREBA exceptionnel PWI).

Art. 14 – Les articles 1^{er} à 4, 12 et 12, 1° et 2°, entrent en vigueur le 1^{er} octobre 2021.

Les articles 5 à 11 et 13, 3° et 4°, entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2022.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement
A. ANTONIADIS